

## Grün packt an. Ein starkes 2011

Weimarer Erklärung, 14. Januar 2011

Das Jahr 2010 war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Es begann mit der steuerlichen Entlastung von Hotelkonzernen und anderen Großunternehmen und endete mit einem 100 Milliarden-Euro-Geschenk an die vier Energiekonzerne durch die Laufzeitverlängerung für Altkernreaktoren. Zum Jahresanfang gingen die ärmsten Kinder beim Kindergeld leer aus, zum Jahresende strichen Merkel und Co. Langzeitarbeitslosen das Elterngeld und den Rentenzuschuss. Statt „mehr Netto vom Brutto“ gibt es massive Beitragserhöhungen für die Krankenkassenbeiträge. Trotz Wirtschaftsaufschwung ist die Lage vieler Kommunen so dramatisch wie nie. Die Bundesregierung verweigerte sich einer tatkräftigen Bekämpfung der Finanz- und Eurokrise und Deutschland verlor so seine gestaltende Rolle in Europa. Außen- und Sicherheitspolitik findet als Schaulaufen bei Kerner statt - mit dem Hindukusch im Hintergrund. Von einer Strategie ist nichts zu erkennen.

Wir Grüne wollen das Jahr 2011 nutzen, um die Handlungsspielräume der Regierungskoalition im Bund für ihre unsoziale und unökologische Politik deutlich zu beschneiden. Wir werden in den Ländern dieser Politik unsere Alternativen entgegensetzen. Die Landtagswahlen 2011 werden wir zu einem Signal für einen politischen Wechsel in Deutschland machen. 2011 stehen sich zwei Konzepte gegenüber: das schwarze und das grüne.

Bündnis 90/Die Grünen wollen diesem Land einen sozialen und ökologischen Kurs geben. Grün packt an und stellt den Gegenentwurf zur schwarz-gelben Klientelpolitik in Bund, Ländern und Kommunen.

Union und FDP bedienen die Ellenbogenträger, Grün setzt auf Solidarität und auf all jene, die Verantwortung für unser Gemeinwesen tragen und übernehmen wollen. Die Politik von Schwarz-Gelb ist auch ein Schlag gegen die breite Mittelschicht unserer Gesellschaft. Grün steht für die Finanzierung einer öffentlichen Infrastruktur, einen aktiven Klimaschutz und ein zukunftsweisendes Konzept, das soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft, Arbeit und Umwelt in Deutschland verbindet.

Bundeskanzlerin Merkel hat die Landtagswahl in Baden-Württemberg zur Abstimmung über „Stuttgart 21“ ausgerufen. Die soll sie haben. Abgestimmt über ihre Politik wird nicht nur dort, auch in Hamburg, in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz, in Bremen, in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Frau Merkel hat keine gesellschaftliche Mehrheit für ihre Politik. Ihre unsoziale und zukunftsvergessene Politik hat die Menschen wachgerüttelt und mobilisiert. Merkel und Westerwelle werden die Bürgerinnen und Bürger nicht noch einmal einlullen und einschläfern können. Sie werden nicht noch einmal durch Demobilisierung Wahlen gewinnen können. Die Alternative zur schwarz-gelben Politik ist Grün. Bündnis 90/Die Grünen sind die gestaltende, gesellschaftsverändernde Kraft der linken Mitte. Wir nehmen die Verantwortung an.

## Soziale und ökologische Schwerpunkte in Zeiten der Haushaltskonsolidierung

Wir Grüne zeigen, dass man auch in Zeiten knapper Kassen soziale und ökologische Schwerpunkte setzen kann, ohne auf Kosten kommender Generationen unverantwortlich Schulden anzuhäufen. Staatliche Aufgaben müssen solide finanziert werden – und dafür müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Aber gerade in schwierigen Zeiten ist weder Platz für Steuersenkungen für Besserverdienende noch für Verschwendung, etwa durch ökologisch schädliche Subventionen. Hier muss gespart werden.

CSU und FDP leben auch 2011 weiter in ihrer ganz eigenen Parallelwelt und träumen, von der Realität gänzlich unberührt, weiter ihren Traum von massiven Steuererleichterungen für Besserverdienende. Dieser Realitätsverweigerung erteilen wir eine klare Absage. Angesichts von Rekordschulden 2010 und einer erneut massiven Neuverschuldung 2011 von über 50 Milliarden Euro alleine im Bund gibt es keinerlei Spielraum für Steuersenkungen. Bereits jetzt hat jedes 2011 geborene Kind 22.000 Euro Staatsschulden. Wir Grüne wollen damit Schluss machen! Wir setzen auf eine solide Haushalts- und Finanzpolitik.

Durch eine kluge Finanzpolitik schaffen wir dennoch die notwendigen Spielräume für Investitionen in Bildung, Klima und Gerechtigkeit. Der Bildungserfolg hängt in Deutschland weiterhin von der sozialen Herkunft ab. Das darf nicht sein. Alle müssen die gleichen Chancen haben, eine gute Ausbildung oder Abitur zu machen, einen Uni-Abschluss zu erwerben, Ingenieurin/Ingenieur oder Professorin/Professor zu werden – unabhängig von ihrer Herkunft. Uns ist klar: Schülerinnen und Schüler aus einem schwierigen sozialen Umfeld brauchen Unterstützung, und das schon von Anfang an. Deshalb fordern wir mehr Kitaplätze schon für Einjährige und Investitionen in die Qualität. Wir wollen das Ganztagschulprogramm wieder auflegen und tausende weitere Ganztagschulen schaffen, damit alle Kinder von individueller Förderung und längerer Lernzeit profitieren können. Daneben wollen wir erheblich mehr Studienplätze schaffen und eine soziale Öffnung der Hochschulen. Der Bund muss die Länder dabei unterstützen, deshalb wollen wir das Kooperationsverbot abschaffen.

Der Rösler'schen Zwei-Klassen-Medizin setzen wir unser durchgerechnetes Modell der Bürgerversicherung entgegen. Das Rezept gegen Altersarmut lautet: mehr und bessere Beschäftigung, ein gesetzlicher Mindestlohn und die Einführung einer Grantierente.

Noch sind die Folgen der Finanzkrise nicht überstanden. Einen ersten Baustein zur notwendigen Bewältigung ihrer Folgen legen wir jetzt mit unserem Konzept einer einmaligen, zeitlich befristeten Vermögensabgabe für sehr Reiche in Deutschland vor.

## Soziale Gerechtigkeit fördern: Hartz IV reformieren und Integration am Arbeitsmarkt voranbringen.

Ursula von der Leyen breitet herzlich die Arme aus und verkündet kalt lächelnd, den Regelsatz um 5 Euro zu erhöhen. Das ist schlicht zu kurz gesprungen. Die Regierung hat einen Regelsatz nach Kassenlage errechnet. Das lehnen wir ab. In den laufenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss werden wir genau aufzeigen, an welchen Stellen sich die Regierung den Regelsatz billig gerechnet hat. Das Ziel, die Kinder besser zu fördern, teilen wir. Aber der Weg dahin führt nicht über bürokratische Gutscheinsysteme, sondern über regionale Bildungspartnerschaften, die die Zusammenarbeit von Schulen, Jugendämtern und Vereinen verbessern und mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an die Schulen und in die Kommunen bringen. Wir wollen die Spirale nach unten durchbrechen. Wenn sich der Regelsatz an immer geringeren Löhnen orientiert und am Ende niemand mehr davon leben kann, ist keinem geholfen. Das wollen wir beenden. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro wollen wir Grüne eine Untergrenze einziehen, damit wieder mehr Menschen von ihrer Arbeit leben können. Parallel dazu brauchen wir spezifische Mindestlöhne in der Leiharbeit und in der Weiterbildungsbranche. Die Zeit drängt. Spätestens im Mai droht uns ein Lohndumping durch Leiharbeitskräfte aus Osteuropa, die zu dort üblichen, sehr geringen Mindestlöhnen beschäftigt sind. Die FDP muss endlich aufhören, aus dogmatischen Gründen sinnlose Blockaden zu errichten. Davon haben die ArbeitnehmerInnen weder hier noch dort etwas. Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern gebührt der gleiche Lohn wie ihren festangestellten Kolleginnen und Kollegen – und zwar ab dem ersten Tag, nicht erst nach zwölf Monaten.

Die Menschen sollen und wollen immer länger arbeiten. Doch damit sie es auch können, muss sich auf dem Arbeitsmarkt noch viel verändern. Die Anzahl der älteren Erwerbstätigen ist in den letzten Jahren zwar rapide gestiegen, er liegt aber immer noch deutlich unter dem Durchschnitt aller Beschäftigten. Während Schwarz-Gelb sich auf der konjunkturellen Erholung ausruht und den notwendigen Wandel der Arbeitswelt verschläft, wollen wir die Veränderungen anpacken. Wir brauchen eine wertschätzende Kultur der Altersarbeit für motivierte ältere Menschen. Wir setzen uns für Weiterbildung, Qualifizierung und gute Arbeitsbedingungen ein, damit die Menschen motiviert und qualifiziert auch mit „60plus“ noch arbeiten wollen und können. Wir müssen den Schutz vor Stress und psychischer Belastung am Arbeitsplatz verbessern, den Arbeitsschutz und die betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen und dafür sorgen, dass auch Erwerbslosen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung offen stehen. Das ist auch ein wichtiger Beitrag für die Verminderung von Altersarmut. Eine altersgerechte Arbeitsgestaltung ist Voraussetzung für Ältere wie auch für Jüngere, um eine langjährige Erwerbsfähigkeit sicherzustellen. Schwarz-Gelb spielt nur auf Zeit und riskiert damit zunehmende Altersarmut. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen tatsächlich länger arbeiten können.

## Politik für eine Energieversorgung ohne Atom

Die im Auftrag von RWE, E.ON und Co. gegen die Mehrheit in unserem Land vorgenommene Rolle rückwärts in der Energiepolitik wird keinen Bestand haben. Wir bekämpfen diesen Putsch gegen Vernunft und die Sicherheit der Bevölkerung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und insbesondere mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Unmittelbar nach einem Regierungswechsel werden wir Grüne die Rückkehr Deutschlands zu einer verantwortungsvollen Energieversorgung anpacken. Wir stehen für eine Energiepolitik, die dem Klimaschutz und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dient.

Aber der schwarz-gelbe Angriff auf eine klimafreundliche und atommüllfreie Energiezukunft ist mit der Laufzeitverlängerung nicht beendet. Unübersehbar mehren sich die Zeichen, dass die Erneuerbare Energien durch ein Aufweichen ihres Einspeisevorrangs noch weiter unterminieren werden sollen. Dies läuft auf einen Generalangriff auf eine der erfolgreichsten Zukunftsbranchen der vergangenen Jahre mit 340 000 Arbeitsplätzen hinaus. Gleichzeitig werden alle Maßnahmen zur Stärkung der Energieeffizienz und zur Elektromobilität massiv unterlaufen.

Unser Energiekonzept, das wir im Herbst 2010 vorgelegt haben, zeigt, dass Deutschland bis 2050 seinen Strom-, seinen Wärme- und Mobilitätsbedarf zu 100 Prozent erneuerbar decken kann. Dafür braucht es eine moderne, intelligente Infrastruktur.

Der Umbau und der Ausbau von Strom-, Schienen- und Breitbandnetzen wird aber nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Die Menschen haben die Basta-Politik satt, die sie vor fertige Tatsachen und selbstgemachte Sachzwänge stellt.

## Infrastrukturausbau beschleunigen, Bürgerbeteiligung ausbauen: Strukturen für die Zukunft

Herausforderungen wie die Bekämpfung des Klimawandels, die wachsenden und sich verändernden Mobilitätsbedürfnisse einer Gesellschaft im demografischen Wandel und in einer globalisierten Welt erfordern bessere und teils neue Infrastrukturen. Der Ausbau der bestehenden und der Neubau von Infrastrukturen ist ein zentrales Ziel grüner Politik. Denn der Ausbau der Infrastruktur bei Energienetzen, Schiene und Breitband, das ist die Basisstruktur für unsere Zukunft.

Bürgerinnen und Bürger fordern gerade bei Infrastruktur- und Planungsvorhaben eine echte Mitsprache und Beteiligung ein. Sie geben sich nicht mehr damit zufrieden, Projekte abzunicken oder an ihnen herum zu basteln. Der Nutzen der Projekte muss sich erschließen und die Kosten dürfen nicht ins Unermessliche steigen. Stuttgart 21 ist hier nur ein herausragendes und symbolhaftes Beispiel.

Mehr echte demokratische Beteiligung und mehr Effizienz bei Infrastrukturvorhaben schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Eine frühestmögliche Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Zielbestimmungen, Planungsprozesse und die ehrliche Diskussion über Alternativen, das ist unsere Vorstellung von Demokratie im 21. Jahrhundert und dies erzeugt auch wieder Vertrauen in die Politik. Und das ist auch eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft. Dringend notwendig dafür ist es, die Fragestellungen von Anfang an transparent zu gestalten und den Bürgerinnen und Bürgern Einsicht in die Pläne und Kostenaufstellungen zu gewähren. Wir Grüne stehen für einen neuen, bürgerfreundlichen, partizipativen Politikstil. Wir arbeiten an neuen demokratischen Beteiligungsformen und ziehen die Konsequenzen aus den Bürgerprotesten des Jahres 2010. Wir werden konkrete Vorschläge machen, wie wir künftig mehr Transparenz in Planungs- und Entscheidungsvorgänge bringen und wie mit Einbeziehung der Betroffenen, mit Moderation und Runden Tischen Planungsvorgänge effizienter und demokratischer gemacht werden können: Stromnetze für die Energiewende, Verkehrsnetze für nachhaltige Mobilität und ein leistungsfähiges Internet für alle.

Wir wollen die Infrastruktur und wir wollen mehr Demokratie. Den Angriff des Bundesinnenministers de Maizière auf die Beteiligung der Bürger im Planungsverfahren lehnen wir deshalb ab. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, sagt das Grundgesetz.

- Für den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen wir bessere und auch neue, leistungsfähige Netze. Derzeit kommt der Ausbau der Netze nur schleppend voran – die Netzbetreiber verzögern, gleichzeitig blockiert die Bundesregierung die vorhandenen Netze durch die Verlängerung von Laufzeiten und den Neubau unflexibler Kohlekraftwerke. Die bisherigen Planungsvorgaben provozieren geradezu Proteste und Einsprüche. Das verlangsamt oftmals Entscheidungen und dringend benötigte Investitionen. Wir setzen deshalb auf einen Ausbau, der mit mehr Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einher und schneller geht. Dazu gehört auch, die breiter akzeptierte Alternative der Erdverkabelung ernsthaft in Erwägung zu ziehen und voran zu treiben. Die Bevölkerung vor Ort muss Einfluss darauf bekommen, die besten Lösungen zu finden.
- Deutschland besitzt eine vergleichsweise gute Verkehrsinfrastruktur, dennoch gibt es eine strukturelle Überlastung. Um dieser zu begegnen, setzt die Bundesregierung falsche Prioritäten. Im Straßen- und Autobahnbau dominieren genau wie beim Ausbau des Schienennetzes Prestigeobjekte gegenüber wirtschaftlicher Vernunft und der Bedienung des tatsächlichen Bedarfs. Bisherige Projekte sind nicht von den Nutzern her gedacht. Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, den demografischen Wandel und den Klimawandel berücksichtigt und die Zuständigkeit für Infrastruktur auf die Länder- oder Regionalebene überführt, wo dies möglich und sinnvoll ist. Die Regierung hat die Deutsche Bahn AG in einen auszehrenden Börsenwahn getrieben. Statt die Infrastruktur von Schiene bis Zug zu modernisieren, lässt sie die Verschleißausfälle und nicht die Bedürfnisse der Fahrgäste den Fahrplan diktieren. Das S-Bahn Chaos in Berlin und das Winterchaos bei der DB AG sind die schlimmen Folgen einer falschen Ausrichtung des DB-Konzerns auf Rendite pur und internationale Expansion. Sie sind aber auch Ergebnis einer ignoranten und verfehlten Schienenpolitik, die seit Jahren Substanzerhalt und Modernisierung des Schienenverkehrs in Deutschland zu Gunsten von megateuren Prestigeprojekten vernachlässigt.
- Der Breitbandanschluss fürs Internet ist heute eine Voraussetzung für Partizipation – ob im Berufsleben, in der Schule, für Bewerbungen, für den Austausch mit Freunden, für die Nutzung der öffentlichen Verwaltung, für die Teilnahme an Internet-Protesten, für den Betrieb eines Online-Shops oder den Einkauf in diesem. Noch immer sind die Breitbandlücken in Deutschland groß. Gerade im ländlichen Raum ist oft zwar Internet verfügbar, es ist aber so langsam, dass es für die oben genannten Aktivitäten nicht geeignet ist. Insbesondere innovative und große Unternehmen sind auf High-speed Internet angewiesen. Die bisher genutzten Förderinstrumente haben ihr Ziel nicht erreicht.

## Integrierte Ressourcenpolitik

Für die Zukunft unseres Wirtschaftens, eine gerechte Außen- und Handelspolitik und den Übergang in eine grüne Industrie, ist ein anderer Umgang mit Rohstoffen zentral. Nicht die reine Versorgung mit Rohstoffen darf im Mittelpunkt der Politik stehen, sondern vielmehr der sparsame Einsatz und die Substitution von endlichen Rohstoffen sichern die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und der Arbeitsplätze. Schwarz-Gelb hat sowohl wirtschafts- und umweltpolitisch als auch außen- und entwicklungspolitisch einen verengten und nationalen Blickwinkel auf Rohstoffe. Dem setzen wir Grüne eine strategische Wirtschafts-, Friedens- und Entwicklungspolitik entgegen sowie eine faire Handelspolitik, die die Rohstofffrage integriert betrachtet.

Ausgerechnet der angeblich liberale Wirtschaftsminister hat eine wirtschaftsnationalistische Rohstoffstrategie vorgelegt, in der uns eine solistische und national bornierte Interessenspolitik schnurstracks in die Rohstoffkonflikte von morgen führt. Sekundiert wurde die Idee eines nationalen Rohstoffkartells von einem Verteidigungsminister, der in skandalöser Weise den Einsatz der Bundeswehr zur Sicherung nationaler wirtschaftlicher Interessen forderte, um damit den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Diesen Rückfall ins 19. Jahrhundert lassen wir niemandem durchgehen.

Auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft bleiben Rohstoffe das A und O von Produktion und Grundlage wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Unsere Mobiltelefone laufen mit Germanium und Gallium, wir heizen immer noch mit Öl, Elektromobilität spart zwar Benzin, die Batterien

aber brauchen Kobalt – genau wie unsere Computer. Unser Alltag hängt an einer sicheren Rohstoffversorgung. Die meisten Menschen machen sich kaum Gedanken darüber, wo die Ressourcen herkommen, die sie verbrauchen und unter welchen Umständen sie gewonnen werden. Das muss sich ändern. In der Ressourcenfrage bündeln sich nicht nur wirtschafts-, außen-, sicherheits-, entwicklungs- und umweltpolitische Aspekte, sie ist längst eine gesellschaftspolitische und angesichts steigender Rohstoffpreise auch eine sozialpolitische Schlüsselfrage. Wie wollen wir leben, wie wollen wir produzieren? Darüber muss sich unsere Gesellschaft klar werden und verständigen. Dies sind keine Fragen, die wir allein Industriekapitänen, Militärstrategen und Ministerien überantworten sollten.

Ressourcenpolitik ist ein grünes Schlüsselthema. Denn klar ist: Der Zugang zu Rohstoffen ist nur ein Aspekt unter mehreren. Eine langfristige und erfolgreiche Sicherung der stofflichen Basis unserer Produktion wird es nur geben, wenn wir die Umwelt nicht überlasten, endliche Rohstoffe durch nachwachsende ersetzen, mehr und besser recyceln und Fortschritte in der Effizienz machen.

Effizienz, Konsistenz, Suffizienz – diese Drei bilden für uns nach wie vor den Kompass auf dem Weg zu einer nachhaltigen und erfolgreichen Wirtschaft

Die grüne Bundestagsfraktion wird in den kommenden Monaten an einer integrierten Rohstoffstrategie für Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten. Wir brauchen eine Strategie, die der Vielschichtigkeit des Themas gerecht wird. Ressourceneinsparung, Ressourceneffizienz, faire Handelspolitik und Recycling, und nicht das militärisch abgesicherte Windhundrennen nach knapper werdenden Rohstoffen, fördert wirtschaftliche und soziale Entwicklung – bei uns und anderen – sowie den internationalen Frieden.

## **Dafür Grün**

2011 wird der Anfang vom Ende der Regierung Merkel/Westerwelle. 2011 darf nach 2010 nicht wieder ein verlorenes Jahr für Deutschland werden. Dazu werden wir mit aller Kraft beitragen – gerade bei den anstehenden Wahlen. 2011 wird das Jahr, in dem die Alternative zu einer unsozialen, unökologischen Politik deutlich wird. Grün gegen Schwarz. Zukunftsorientierung gegen Zukunftsvergessenheit. Einer Politik, die den Strukturkonservatismus und den Klientelismus zum Programm erhebt, setzen wir unseren „Green New Deal“ und den Aufbruch für Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber.

Wir wollen die Agrarwende vorantreiben – im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher wie der Umwelt. Gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen wollen wir eine moderne Infrastruktur für Energie, Verkehr und Informationen ausbauen. Wir setzen auf eine moderne Industriepolitik durch eine neue Rohstoffstrategie. Wir wollen die Lasten der Krise nicht kommenden Generationen aufladen sondern gerecht tragen – unter anderem durch eine Vermögensabgabe.

2011 darf aber auch nicht zu einem verlorenen Jahr für Europa werden. Deshalb werden wir Druck machen, dass die Bundesregierung endlich das Bremserhäuschen verlässt und sich einer europäischen Lösung der Finanzkrise wie einer europäischen Wirtschaftspolitik nicht weiter in den Weg stellt. Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden.

Grün ist die Alternative für Deutschland – eine konstruktive, ökologisch und sozial gestaltende, gesellschaftsverändernde Kraft. Grün packt an!